

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Sachverständigenbericht überreicht.

Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit.

Paris, 9. April. (WTB.) Der Bericht der Sachverständigen, der heute vormittag 10 Uhr der Reparationskommission unterbreitet wurde, besteht aus einem Begleitschreiben des Generals Dawes, aus einem Inhaltsverzeichnis, dem eigentlichen Bericht sowie neun Anhängen. Der eigentliche Bericht ist in zwei Teile geteilt und umfasst 57 Seiten. In den Anhängen werden folgende Fragen behandelt: die Organisation der neuen Emissionsbank, der Wohlstandsindex, der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, die neue Eisenbahngesellschaft, die Industrieobligationen, die Überführung von Reparationszahlungen deutscher Währung in fremde Devisen, die in Deutschland zirkulierenden Geldsorten, das provisorische Budget für 1924 und eine vergleichende Aufstellung der verschiedenen Einnahmen aus Dividenden.

Die wichtigsten Kapitel des Gutachtens sind diejenigen über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des deutschen Reichs und über die Schaffung einer neuen Emissionsbank, die auf der bestehenden Reichsbank aufgebaut oder neu geschaffen werden könne. Von besonderer Bedeutung sind das Kapitel über die Schaffung einer privaten Eisenbahngesellschaft und die Feststellungen über die Höhe der jährlichen Belastung Deutschlands auf Grund der Reparationsverpflichtungen.

In den Beträgen, die für die einzelnen Jahre vorgegeben sind, sind alle Leistungen einbezogen, die Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages auszuführen hat. In die Summe sind also einzurechnen außer den Besatzungskosten und den verschiedenen Vergütungen an die internationalen Kommissionen zweifelslos auch die Kosten aus dem Schiedsgericht und Ausgleichsverfahren. Bemerkenswert ist, daß das Gutachten der Sachverständigen einen Unterschied macht zwischen der Möglichkeit, bestimmte Beträge für Reparationen in deutscher Währung zu leisten, und der Möglichkeit, diese Beträge in fremde Devisen überzuführen. Auch ist vorgegeben, daß alle zu leistenden Zahlungen einer besonderen Kasse bei der neuen Bank überwiesen werden, und daß ein besonderes Komitee darüber zu entscheiden hat, inwieweit es möglich ist, die eingegangenen Beträge zu investieren. Für den Fall, daß eine Überführung der deutschen Geldbeträge in ausländischen Devisen nicht möglich erscheint, ist Vorkehrung dafür getroffen, daß die in der Kasse angeammelten Beträge eine bestimmte Höhe nicht übersteigen dürfen.

Ein abschließendes Urteil über den Bericht der Sachverständigen wird erst auf Grund eines eingehenden Studiums seines gesamten Inhalts möglich sein. Dieses Studium wird ergeben müssen, inwieweit es den Sachverständigen gelungen ist, die hohen Grundsätze zu verwirklichen, von denen sie ausgegangen sind. Für heute kann nur gesagt werden, daß es in Deutschland keinen vernünftigen Menschen geben kann, der diese Grundsätze nicht billigt. Schon ihre Aufstellung allein bedeutet einen ungeheuren Fortschritt, da jeder Charakter der deutschen Reparationsschuld aufgegeben und der Anspruch des deutschen Volkes auf gleiche Höhe der Lebenshaltung mit den anderen Kulturvölkern anerkannt wird. Wenn der Bericht die Notwendigkeit betont, die deutsche Souveränität und Wirtschaftseinheit vor äußeren Eingriffen zu schützen und jeder Politik gewalttätiger Sanktionen ein Ende zu machen, so ist das nur eine logische Schlussfolgerung aus seinen eigenen Voraussetzungen.

Die Sachverständigen betonen die Einmütigkeit ihrer Beschlusfassung, was angesichts der Tatsache, daß auch Franzosen und Belgier ihr angehören, von großer Wichtigkeit ist. Sie wenden sich an die berechtigten Mächte mit der stärksten moralischen Befehdung, indem sie für den Fall, daß ihre Vorschläge angenommen werden, ein neues Zeitalter des Fortschritts und des allgemeinen wirtschaftlichen Gedeihens in Aussicht stellen. Die Völker haben solche Heilsbotschaften freilich schon zu oft vernommen, als daß sie ihnen ohne eine gewisse Skepsis begegnen können. Aber sicher ist, daß hier ein Ziel gesetzt wird, dessen Erreichung den Schweiß der Effekten wert ist. Von der deutschen Regierung ist zu verlangen, daß sie in glaubhafter, völlig überzeugender Weise ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gibt, das Ihre zur Erreichung dieses Zieles beizutragen, und daß sie das nicht bloß mit Worten tut, sondern auch mit entsprechender Handlung. In diesem Geiste muß sie an die Prüfung der Vorschläge herantreten.

Von der gegenwärtigen Reichsregierung darf man bei einem Optimismus — trotz der nationalistisch klingenden Reden Strösemann, trotz Jarres und Emminger — nicht leicht noch hoffen, daß sie sich der Stimme der politischen Vernunft und des Gewissens nicht entziehen wird. Aber nur mit heißer Sorge kann man daran denken, was werden sollte, wenn durch die Reichstagswahlen ein weiterer Rück nach rechts erfolgen sollte und die Linke durch Annahme der Kommunisten außenpolitisch aktionsunfähig würde.

In dieser Zeit, in der die Schicksalsfragen Deutschlands und ganz Europas zur Entscheidung heranreifen, wäre eine rechtsorientierte, in scheinpatriotischem Phrasenrausch verfunken deutsche Reichsregierung nicht mehr und nicht weniger als eine nationale Katastrophe. Deutschland braucht jetzt mehr denn je eine Regierung, die imstande ist, sich inter-

nationale Geltung zu verschaffen und die es versteht, zu dem Bestand und zum Herzen auch der fremden Völker zu sprechen, es braucht eine Regierung, die im Geiste der Internationalität und der gerechten Verständigung das Interesse des deutschen Volkes und seiner arbeitenden Massen wahrhaftig zu vertreten imstande ist.

Wenn von den großen Verheißungen, die die Sachverständigen ihrem Bericht voranschicken, auch nur ein Teil Wirklichkeit würde, so wäre das schon ein großer Fortschritt. Ob dieser Fortschritt möglich wird, das wird vom Ausgang der deutschen Reichstagswahlen abhängen!

Das Begleitschreiben.

Paris, 9. April. (WTB.) Das Begleitschreiben des Vorliegenden Dawes, mit dem der Bericht des Komitees der Reparationskommission überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 9. April 1924.

Ihr Sachverständigenkomitee hat einstimmig einen Bericht angenommen über die Mittel, den Staat Deutschlands ins Gleichgewicht zu bringen, und über die zwecks Stabilisierung seiner Währung zu ergreifenden Maßnahmen, welchen Bericht ich hiermit die Ehre habe, Ihnen zu überreichen.

Tief durchdrungen von dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit gegenüber Ihrer Kommission und gegenüber dem Weltgewissen gründet das Komitee seine Pläne auf jene Grundsätze der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des wechselseitigen Interesses, an deren Vorrang nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein vitales und dauerhaftes Interesse haben. Nachdem diese Grundsätze einmal in jenem Gemeinschaftsglauben, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden ist, festgelegt und angenommen worden sind, müssen die Empfehlungen des Komitees nicht in dem Sinne betrachtet werden, als legten sie Strafen auf, vielmehr in dem Sinne, daß sie Mittel in Vorschlag bringen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas und des

Eintritt in das neue Zeitalter

eines nicht vom Kriege bedrohten Glückes und Gedeihens. Da als Ergebnis des Krieges die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dies steht in Übereinstimmung mit dem gerechten und fundamentalen Grundgesetz des Versailler Vertrages, der von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 gleichfalls ausgesprochen genau ebenso schwer sein müsse, wie die irgendeiner der in der Kommission vertretenen Mächte. Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten, und weniger als diese würde Deutschland von den gemeinschaftlichen Schwierigkeiten befreien und ihm in dem internationalen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Diesen Grundgesetz folgt der Plan in die Wirklichkeit umzusetzen. Man hat in den Plan elastische Berechtigungen hineingearbeitet, die darauf abzielen, den höchsten Grad von Leistungen zu erzielen, der mit der fortwährenden und steigenden Produktivität Deutschlands vereinbar ist.

Die möglichen Schätzungen der in der nahen Zukunft zu leistenden Zahlungen, welche von einem Geiste geschäftlicher Vorsicht bei der Festlegung der

Grundlagen einer Kasse

billiert worden sind, sollten nicht einen Augenblick störend wirken auf die Gesamtheit der künftigen Zahlungen, die von Jahr zu Jahr folgen werden. Wenn erst einmal normale wirtschaftliche Verhältnisse und die normale Produktivität Deutschlands wiederhergestellt sein werden, wird man sich überzeugen, daß höchst hoffnungsvolle Schätzungen betreffs der schließlich als erzielbar sich herausstellenden Beiträge gerechtfertigt sind. Ohne eine solche Wiederherstellung aber werden die Zahlungen, wie man sie jetzt erzielen kann, von geringem Werte sein, um die dringenden Bedürfnisse der Gläubigerstaaten zu befriedigen. Um die Dauer eines neuen wirtschaftlichen Friedens zwischen den Alliierten und Deutschland zu sichern, der bei dem Plan vorgeschlagenen Randjustierungen impliziert (Wiederherstellungen mit einbegreift), ist das Gegenstück zu jenen gewöhnlichen wirtschaftlichen Vorsichtsmaßnahmen gegen Nichterhaltung von Verpflichtungen darin vorgesehen, daß in allem die ausdrücklich insofernenden Geschäftsbeziehungen als wesentlich anerkannt werden. Das Vorhandensein von Sicherungen hemmt oder behindert in keiner Weise die Ausübung gewöhnlicher Geschäftsverträge. Die volle Wirksamkeit solcher Sicherungen soll die normalen wirtschaftlichen Funktionen Deutschlands nicht behindern, und das ist von grundlegender Wichtigkeit für die Gläubiger Deutschlands, wie für Deutschland selbst.

Große Sorgfalt ist darauf verwendet worden, die Überwachungsbedingungen über die innere Entwicklung Deutschlands so festzusetzen, daß sie ein mit gehörigem Schutz nach

erträgliches Minimum an Einmischung

darstellen. Falls angenommen, führt dieser allgemeine Plan seiner Natur nach billig und vernünftig schließlich zu einem dauer-

den Frieden. Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung bedeutet die wohl überlegte Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation, die als Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstrickt. (Soll wohl heißen: Die Zurückweisung... würde bedeuten usw. Denn eine Zurückweisung ist selbstverständlich nicht schon vor der Beantwortung der Vorschläge erfolgt. Red. d. B.)

Bei der Vorbereitung dieses Berichtes hat das Komitee sorgfältig und mit vieler Mühe das ausgedehnte Feld der Untersuchungen durchackert. Es hat sich der ständigen Mitarbeit fähiger Sachverständigen erfreut, die Material zusammentrugen, es verarbeiteten und darboten. Es hat an Ort und Stelle Beamte der deutschen Regierung und Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, Landwirtschaft und Industrie angehört. Es hat von der deutschen Regierung und ihren Vertretern in Verantwortung eines Fragebogens umfangreiche und zufriedenstellende Antworten erhalten. Anlässlich verschiedener Punkte seines Berichtes hat das Komitee sowohl zwecks Zusammentragung von Material, wie auch zwecks Einholung von Rat außerhalb des Komitees stehende Sachverständige von internationalem Ruf zu seiner Unterstützung herangezogen.

Die veröffentlichten Berichte und Darlegungen weltberühmter Nationalökonomien haben in seiner Hand gelegen. Es hat aus dem von Ihrer Kommission früher zugetrogenen und angehäuften Material Nutzen gezogen. Bei Durchführung seiner Arbeit hat das Komitee seit dem 14. Januar 1924 54 Sitzungen abgehalten. Der Unterausschuß für die Stabilisierung der Währung hat seinerseits 61, der Unterausschuß für den Ausgleich des Budgets 63 Sitzungen abgehalten.

General Dawes stellt in diesem Zusammenhange seinen persönlichen Mitarbeitern Anerkennung.

Das Begleitschreiben schließt: Bei Ihrer Suche nach der Wahrheit und nach Ratsschlüssen, die zu ihr führen könnten, waren die Sachverständigen nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich. Mit der Gewährung dieser Freiheit sind die Regierungen zwar nur ihrem eigenen Geiste und ihren eigenen Absichten bei der Einschätzung dieser Kommission gefolgt, doch haben sie dabei gleichzeitig den höchsten Tribut gezollt, den Regierungen vergeben können, volles Vertrauen in den Geist der Menschendinge. Durch ihren klaren Blick, durch die Unabhängigkeit ihres Denkens und vor allem durch ihren bei jeder großen und aufrichtigen Strebens, der sich über die Kleinigkeiten erhebt, über die die Kleinen so oft straucheln, haben meine Kollegen sich dieses Vertrauens würdig erwiesen. Daß ihre Arbeit, die ich jetzt in Ihre Hände lege, Ihnen dabei behilflich sein möge, Ihrer großen und schweren Verantwortung Genüge zu tun, ist Ihre aufrichtige Bitte, und späterhin zu erfahren, daß es so gewesen ist, wird Ihre volle Belohnung sein.

gez. Charles G. Dawes.

Der Inhalt des Berichts.

Es wird zunächst betont, daß das Gutachten mit Einmütigkeit sämtlicher Mitglieder abgegeben worden sei. Es stellt dann seinen Vorschlägen die folgenden allgemeinen Weltziele voraus:

Der Plan ist ein untrennbares Ganzes. Es ist unmöglich, daraus einzelne der Vorschläge anzunehmen und andere abzulehnen. In diesem Falle oder auch im Falle ungebührlicher Verzögerung in der Ausführung des Planes überhaupt lehnen die Sachverständigen jede Verantwortung für den Erfolg ab.

Der Plan hat ferner die

Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit

zur unbedingten Voraussetzung, da der Ausgleich des Budgets, die Stabilisierung der Währung sowie Wiederherstellung des inneren und äußeren Kredits Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb auch alle Sanktionen, die die wirtschaftliche Produktion hindern, zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. Werden diese Voraussetzungen hinausgeschoben oder verzögert, so ändern sich entsprechend auch alle übrigen Daten des Zahlungsplans.

Die Sachverständigen betonen ferner, daß sie bestrebt gewesen seien, die Vorkasse so zu gestalten, daß dadurch die

Lebenshaltung des deutschen Volkes

nicht unter das Niveau der Lebenshaltung in den alliierten und seinen europäischen Nachbarländern herabgedrückt wird, welche auch ihrerseits schwere Lasten aus dem Kriege zu tragen haben.

Der gesamte Zahlungsplan ist auf den Gedanken aufgebaut, die höchsten Leistungen festzustellen, die Deutschland selbst in seiner eigenen Währung zahlen kann. Er setzt davon ab, ein für allemal die Totalbelastung für Deutschland zu fixieren. Er soll deshalb auch nicht eine Lösung des gesamten Reparationsproblems sein, vielmehr nur eine

Regelung für eine genügend lange Zeit,

um das allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Der Plan ist aber gleichzeitig so gefast, daß darauf eine endgültige und vollständige Lösung des gesamten Reparationsproblems und aller der damit verbundenen Fragen aufgebaut werden kann, sobald das die Umstände gestatten.

I. Stabilität der Währung, Notenbank.

Der Bericht führt aus, daß die durch die Notenbank erreichte Stabilität nicht die endgültige Regelung darstellen kann. Zur Erreichung einer dauernden Stabilität schlägt der Bericht alternativ vor, entweder die Schaffung einer neuen Notenbank in Deutschland oder eine Reorganisation der Reichsbank. Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Reichsbank ist also vorgezogen. In jedem Falle soll ein einheitliches Währungsgeld in Deutschland geschaffen werden.

Die Notenbank soll für die Dauer ihres Notenausgaberechtes (30 Jahre) das ausschließliche Notenprivileg haben (jedoch unter Beibehaltung der Privatnotenbanken und vorerst auch der Rentenbank). Alle auf Papiermarkt lautenden Zahlungsmittel sollen aus dem Verkehr verschwinden. Die neuen Banknoten sollen zu wenigstens einem Drittel mit Gold oder Goldbelegungen gedeckt sein, dabei ist im wesentlichen an Guthaben bei ausländischen Banken gedacht.

Der Bericht sieht vor, daß die auszubehenden Noten normalerweise in Gold einlösbar sind, betont aber, daß nach Ansicht der Experten bei Errichtung der Bank die Verhältnisse die Noteneinföhrung noch nicht gestatten werden, die Einföhrung soll aber Platz greifen, sobald die Verhältnisse es gestatten.

Die Notenbank ist im wesentlichen gedacht als

„Bank der Banken“.

Die nur sichere kurzfristige Wechsel zu dem von ihr festzusetzenden Diskontsatz disponiert und im übrigen Girogelder annimmt.

Die Bank soll die Kassenführung für das Reich ausüben. Sie soll auch kurzfristige Darlehen an das Reich geben, aber die Beträge und die Art dieser Darlehen (höchstens 100 Millionen Mark für längstens 3 Monate) sollen im Bankgesetz genau festgelegt werden.

Das Reich soll an den Gewinnen der Bank Anteil haben, die Bank soll aber

von jedem Regierungseinsatz frei

sein. Die Bank soll ein Kapital von 400 Millionen Goldmark haben, wovon 300 Millionen in Deutschland und im Ausland durch Zeichnungen ausgebracht werden sollen. Sie wird verwaltert von einem deutschen Präsidenten und dem nur aus Deutschen bestehenden Direktorium, das einen konsultativen Beirat (gedacht ist wohl an die Aufrechterhaltung des Zentralausschusses) haben kann. Neben dem deutschen Direktorium ist ein „General Board“ (Generaldirektion) eingeführt, das aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht. Es faßt seine Entscheidungen mit einer Majorität von zehn Mitgliedern. Dieser „General Board“ hat gewisse Vollmachten in denjenigen Fragen, die die Interessen der Gläubigerstaaten berühren. Ein ausländisches Mitglied dieses „General Board“ soll der Kommissioner (bevollmächtigter Kommissar) sein. Er hat darüber zu wachen, daß die Vorschriften, die sich auf die Notenausgabe und die Aufrechterhaltung der Notendeckung beziehen, beachtet werden. Der „General Board“ kann auch mit einfacher Majorität beschließen, wenn der Präsident und der Kommissioner in dieser Majorität einhalten. Für seine Aktionsfähigkeit ist daher eine Kooperation zwischen der Deutschen und der ausländischen Gruppe stets notwendig.

Ein umfangreicher besonderer Nachtrag enthält einen bis ins einzelne detaillierten Plan über die Bank.

II. Die deutsche Reichsbahn.

Aus dem Reichsbahnunternehmen soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden. Diese Aktiengesellschaft wird vorweg mit einem Beitrage von 11 Milliarden Goldmark erstföhriger Obligationen belastet, die mit 5 Proz. jährlich zu verzinsen und mit 1 Proz. jährlich zu tilgen sind. Die jährliche Leistung von 660 Millionen Goldmark ist in die

Reparationskasse

zu bezahlen. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre ab zu leisten; sie beträgt im ersten Jahre 330, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark.

Das Aktienkapital der Reichsbahngesellschaft von insgesamt 15 Milliarden Goldmark soll in 2 Milliarden Goldmark Vorkursaktien und 13 Milliarden Goldmark Stammaktien zerfallen. Dem Reiche gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Goldmark der genannten Vorkursaktien, während 1,5 Milliarden

Goldmark dieser Vorkursaktien für die eigenen finanziellen Zwecke der Reichsbahngesellschaft verwendet werden können.

Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ist deutsch, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen je die Hälfte von der deutschen Regierung und von einem Treuhänder der Obligationäre bestellt wird. Von den vom Treuhänder zu stellenden 9 Mitgliedern sollen 5 Deutsche sein, so daß also im ganzen der Verwaltungsrat aus 14 Deutschen und aus 4 nichtdeutschen Mitgliedern besteht.

Die Reichsbahngesellschaft soll in ihrer Geschäftsföhrung vollständig frei sein.

Rechte der Reichsregierung

Hinsichtlich der Tarif- und Betriebsaufsicht sind grundsätzlich anerkannt.

Zur Wöhrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommissar bestellt. Solange der Zinsendienst nicht tot leidet, wird sich seine Tötigkeit im wesentlichen darauf beschränken, den Stand des Unternehmens namentlich in finanzieller Hinsicht zu beobachten und darüber zu wachen, daß die Interessen der Gläubiger nicht gefährdet werden.

Dem Bericht ist als Anhang das Gutachten der von dem Komitee beauftragten besonderen Eisenbahnsachverständigen beigefügt. Dieses Gutachten, auf das der Komiteebeirat sich stützt, bezeichnet an verschiedenen Stellen die betriebliche Vereinigung der Rhein-Ruhr-Bahnen mit dem übrigen Reichsbahnnetz als eine Voraussetzung für den Erfolg seiner Vorstöße.

III. Finanzielle Bestimmungen.

Das Gutachten der Sachverständigen schlägt folgende Leistungen vor:

a) für die Moratoriumszeit:

1. Jahr 1924/25 1000 Millionen Goldmark, und zwar 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus dem Dienste der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Schleiungen und der Beföhrungskosten. Soweit Anleihen nicht zustande kommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden.

2. Jahr 1925/26 1220 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienste der Eisenbahnobligationen, der Industriebobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorkursaktien der Eisenbahn.

b) für die Ubergangszeit:

3. Jahr 1926/27 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus dem Dienste der Eisenbahnobligationen, der Industriebobligationen, der Beförderungsteuer und aus Haushaltsmitteln.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Die Börse in übler Stimmung.

Der Verlauf der Ricum-Behandlungen, die gestern zu keinem Ergebnis führten, gibt der Börse Anlaß zu ernstlichen Befürchtungen. Man ist sich in Bankkreisen darüber klar, daß es der Industrie unmöglich ist, aus eigener Kraft die bisherigen Lasten aus dem Ricum-Bertrage auch weiterhin zu tragen, sieht aber auch nicht, woher die Regierung die Mittel nehmen sollte, um in den Vertrag einzutreten, ohne das mit Mühe aufgestellte Budget umzustößen und damit die Stabilität der Wöhrung in Frage zu stellen. War schon deshalb an eine durchgreifende Besserung der Stimmung im heutigen Effektenverkehre nicht zu denken, so drückt die immer fühlbarer werdende Einschränkung der Kreditgewöhrung der Reichsbank und die damit verbundene Verknappung des Geldmarktes immer weiter auf die Tendenz.

Auch die Gerüchte von drohenden Insolvenzen dauern an, wenn sich auch einige dieser Schwierigkeiten als geröhrlicher herausgestellt haben als zuerst verlautete. Immerhin wirken Käufe des Publikums und Käufe der Baisspekulation zur Erledigung dieser Engagements zu Beginn der Börse etwas belebend auf den Markt. Doch konnte diese Stimmung nicht lange anhalten, da die Spekulation alsbald zu neuen Verkäufen Schritt und auch einzelne Exekutionsverkäufe, zum größten Teil freiwillige, sich wieder bemerkbar machen.

Die Lage am Devisenmarkt bleibt unverbändert, wenn auch die Anspannung des Geldmarktes hier zu einer gewissen Erleichterung geföhrt hat. Im Lauscher Verkehre stellt sich gemäß seiner Entwicklung an der New Yorker Börse der französische Franken etwas höher und wurde gegen englische Pfunde mit 72 gehandelt.

Ein Befreiungs-„Besuch“ bei Hitler.

Verhaftung seines Gehilfen.

München, 9. April. (TZ.) Der „Oberbayerische Generalanzeiger“ in Landsberg am Lech meldet: Gestern nachmittags kam hier ein Auto mit vier Herren des völkischen Blokes an, um einen Besuch bei Hitler im Geföhrnis zu machen zwecks Einholung von weiteren Direktiven für die Wahlen. Als die Herren nach dem Besuche bei Hitler im Hotel „Gogel“ einen Imbiß zu sich nahmen, kamen Beamte der Mönchener Staatsanwaltschaft in Jöhl und verhafteten einen Herrn, den schon längt wegen Hochverrats gefucht und seit längerer Zeit flüchtigen Hermann Eijer, den sie sofort per Bahn nach Mönchen brachten. Nach diesem Vorfall hatte sich in Landsberg das Gerücht verbreitet, auch Cadenborff sei hier gewesen und von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Das stimmt aber nicht!

Farres verordnet.

Seine Zuständigkeit gibt er teilweise ab.

Der Reichsminister des Innern Farres hat folgende Verordnung erlassen:

„Die mir durch § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 erteilte Befugnis zu Beföhrungen des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungs-, zu Anordnungen von Hausfuchungen und Beschlagnahmen sowie zu Beschränkungen des Eigentums überzeuge ich auf die Landeszentralbehörden, in Preußen außerdem auf die Oberpräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin. Meine unmittelbare Zuständigkeit zu solchen Maßnahmen wird hierdurch nicht beröhrt.“

Deutschnationale Verlogenheit.

Auch sie müssen erfüllen.

Breslau, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer deutschnationalen Wählerversammlung machte in Breslau der bekannte Staatsratsabgeordnete und jetzige Reichsagostat, Professor Freiherr v. Freitag-Lorinboven, der aus dem Balthikum stammt, einige bemerkenswerte Geständnisse. Nachdem er zunächst auf die Freikorten der Abgeordneten geschimpft hatte, denen er die Verbindung mit ihren Wählern offenbar erschweren will, und nachdem er verücht hatte, die sozialdemokratische Minderheit im Reichstag für alle Handlungen der Reichstagsmehrheit verantwortlich zu machen, wandte er sich gegen die bisherige Erfüllungspolitik. Auf Vorbehalt eines sozialdemokratischen Distussionsredners, daß auch der deutschnationale Parteivorstand, Hergt, sich bereits für die Fortföhrung der Erfüllungspolitik festgelegt habe, antwortete v. Freitag-Lorinboven, der als Vorkämpfer des völkischen Gedankens innerhalb der deutschnationalen Partei gilt, gleichfalls mit einem bemerkenswerten Bekenntnis für die Fortföhrung der Erfüllungspolitik. Wenn die Deutschnationalen zur Regierung kommen würden, würden sie die bisherige Außenpolitik fortföhren, „aber in anderem Geiste“, nämlich dem Geiste der Wahrheit und Gerechtigkeit. Die Opfer der Erfüllungspolitik sollen also auch nach der Meinung der völkisch-deutschnationalen Richtung weiter gebracht werden, aber gleichzeitig soll ihnen durch Waffengewalt jede veröhnliche Wirkung im Auslande genommen werden.

Der von den Deutschnationalen zum Reichstag aufgestellte Arbeitersekretär Höfer sagte keine Aufgabe darin, als Arbeiter gegen den Achtstundentag zu sprechen, wobei er sich im wesentlichen auf Negativen berief, die aus der sozialdemokratischen Partei herausgemorfen wurden, wie Winzig, Franke, Roth usw. Wer also bei der Sozialdemokratie als Schöbling der Arbeiterinteressen heraussteigt, kann bei den Deutschnationalen immer noch zu hohen Ehren kommen.

Wahlerfolg in Finnland.

Helsingfors, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Reichstagswahlen erhielten hier der finnländische Werk 21.000, die Sozialdemokratie 18.000, die Kommunisten 10.000, die Fortschrittspartei 9.000, die Schweden 8.000, die Agrarier 4.000 Stimmen.

Anne Marie Happenpappen.

Und ihr Landesverrat.

Von Hans Wesemann.

Das ungeheure Verbrechen war geschehen. Nie wieder gutzumachender Verrat an den heiligsten Gütern der Nation hatten seine Schurken begangen: die Sachverständigenkommission hatte festgelegt, wieviel Maß Bier von den völkischen Verbänden bei ihrer Arbeit für die Befreiung Deutschlands verbraucht worden war, und Poincaré hatte in der Kammer verlangt, daß dieses Bier auf das Reparationskonto angurechnen sei. Für den Verleugungsfall hatte er mit Sanktionen gedroht.

Die nationale Volksfeier kochte. Es hagelte Protesttelegramme. Die völkische Presse forderte den Kopf aller Rosenberverbrecher und infamisierte schnell ein paar Pogrome, um dem beleidigten Nationalempfinden Genüge zu tun. Die Justiz aber handelte wie immer mit eiserner Energie. Sämtliche marxistisch verfeuchten Blätter von der „Germania“ bis zum „Roten Fahne“ wurden im Geiste in Schach genommen, und 1.586.748 deutschnationale Hochposten wurden im Nachtragsset bewilligt zur permanenten Ueberwachung des öffentlichen Lebens.

Wer ist's? war die allgemeine Frage, auf die alle Weltbureaus schon im voraus Unsummen einkassierten — natürlich hatte die Mehrzahl auf einen marxistischen Hebelhüter getippt.

Endlich plähte die Bombe. Die politische Polizei verhaftete als Verbrecher die 64jährige Anne Marie Happenpappen, ihres Zeichens Toilettenfrau im Klub. Ein Zufall hatte die Spur auf sie gelenkt. Ein Besucher ihres Domizils hatte nämlich beobachtet, wie sie mit einem Herrn der Ententekommission ein vertrauliches Gespräch hatte und daraufhin Geld von ihm in die Hand gedrückt bekam! Daß dies des Hören vorgekommen war, bestätigten auch andere Besucher von einwandfrei nationaler Gesinnung. Nun griff man zu. Und alles wurde fürchbar klar. In den geheimen Räumen fand man aufgehängt ganze Bündel von Zeitungspapieren, die fast sämtlich aus niederländischen Blättern geschnitten waren. Daher also hatten die Espione der Entente ihre Kenntnisse über unsere patriotischen Belange gegogen. Doch die Kunde-Verleugerin auch gut nationales Zeitungspapier bezwischengemischt hatte, bewies nur, mit welchem Raffinement sie zu Werke gegangen war.

Da gab es kein Zögern mehr. Justitia lot ihre Pflicht. Frau Happenpappen wurde wegen Landesverrats zweimal zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurden ihr als bürgerlichen Ehrenrechte und die WC-Pensionberechtigung aberkannt.

Wanz Deutschland jauchzte dem höchst gerechten Richter zu. Maurenbrecher aber schrieb in der „Deutschen Zeitung“, daß nun

endlich die große Reinigung der politischen Atmosphäre in Deutschland begonnen habe.

Der militärische Oberbefehlshaber verhängte die Zensur über sämtliches Toilettenpapier. Die völkischen aber, damit nicht zufrieden, forderien kategorisch, daß in Zukunft nur völkisch einwandfreies Papier verbraucht werden dürfe, um jeden etwa neu geplanten Verrat schon im Keime zu ersticken.

Das geschah denn auch, womit einem tief gefühlten patriotischen Bedürfnisse endgültig abgeholfen wurde.

„Die Nibelungen“.

Die Nibelungen-Trilogie Friedrich Hebbels ist die monumentale Tragödie einer historischen Zeitenwende. Braunschweig ruht noch in die alte Hötterepoche und aus ihr in die christliche Zeit. Siegfried ist der subjektiv-unschuldige Verräter der alten Welt, die er, indem er sie verrät, gleichzeitig mit der neuen verbindet. In ihr lebt Hagen als der Repräsentant der Vergangenheit und als ihr Richter an Siegfried. Einem unerbittlichen Weltgesetz gemäß kommen sie alle um, die Ubergangsmenschen, die Dämmerwesen der Zwischenzeit, die Starren und die Degenerierten, und übrig bleibt der Vertreter des neuen Lebens, des Christentums, der die Last des letzten Humantönigs übernimmt, um sie „im Namen dessen, der am Kreuz erlöht“ zu tragen. Wäre das Abzeichen unserer modernen Rasse-Heiden nicht das Produkt einer bornierten länderbinden Phantasie, sondern ein wirkliches Symbol des alten Germanentums, man könnte sagen: in Hebbels „Nibelungen“ liegt das Kreuz über das Hakentkrenz.

Diese Weltanschauung manifestiert sich in der gedämmerten, unerbittlichen Tragik der Charaktere und der Schicksale, die voneinander abhängig, ineinander übergreifen und wie die Räder eines Mechanismus von komplizierter Logik mit tödlicher Konsequenz gegenläufig ihre Urfachen bilden und ihre Wirkungen auslösen. Es gibt nicht viele solche Trilogien, in denen nichts willkürlich, nichts los, nichts schwebend ist. Die Nibelungen bilden einen Guß in drei Teilen. Jürgen Fehling wollte alle drei an einem Abend im Staatstheater spielen. Es gelang ihm: eine einheitliche Regieleistung. Es gelang ihm nicht: die Einheit des Werks zu wahren. Er mußte in 6 Stunden komprimieren, wozu 10 gerade ausgeglichen hätten. Infolgedessen mußte er Höhepunkte geben, statt der Entwicklung mit Höhepunkten. Es war, als zeigte man von einem unioersalen Weltbrand nur die rogenden Eichflammen und die donnernden Explosionen. Dafür entschädigte allerdings die künstlerische Defonomie der Szene, in der aus den spärlichsten Mitteln der Farbe, der Kleidung (Kostüme von Birch), der horizontalen und vertikalen „Treppe“, die einzelne „Plateaus“ bildete, starke Wirkungen herausgeholt waren. Die „Nibelungen“ Hebbels waren getroffen, um den „Nibelungen“ Fehlings trotz der kurzen Dauer zu einer regieästhetischen Einheitlichkeit zu verhelfen.

Dennoch wäre auch diese nicht fühlbar geworden — ohne die Ariemüde der Agnes Straub. Die Vertritt als Einzige des Dichters Recht an diesem Abend. Sie vertrat als Einzige des Dichters Recht an diesem Abend. So sie stand, war die Vorkerung des Werks nicht vorhanden. Wenn sie sprach, schmiedete sie zerdrückendes dramatisches Gemäuer zusammen. In der Entmicklung von der

lebenden liebenden Unschuld bis zur rächenden hassenden Schuld bewahrte sie die von Hebbel beabsichtigte Darstellung einer ganzen Generation und einer ganzen Epoche. Sie lächelte, wie ein Mädchen, sie weinte, wie eine Mutter, sie schrie, wie eine Wödre. Es steigerte ein welches Antz zur grauenvollen Grimasse und sichtbar und glaubhaft und erschütternd auf den Mienen ihres Gesichts, den Schwingungen ihrer Stimme, den Bewegungen ihrer Hände und den Linien ihres Körpers lag ihre Entwicklung dem Zuschauer gleichsam dargeboten. Sie allein überzeugte. Ihre Träne war echt und ihr Hoch machte zittern. Sie lieferte endlich die Erklärung für die angebliche Unverständlichkeit des Weibes.

Hast alle anderen zeigten mehr Eifer, als Können und Verständnis. Heinrich George war ein polternder, nur am Ende überzogener Hagen, kein finstere Hölle-mensch, sondern ein schlauer, nervöser und ungebildeter Bösewicht. Robert Laube gab einen Günther, der nicht schwarz und nicht gültig, nicht Werkzeug in der Hand der Geschichte war. Im zweiten Teil gelang es ihm, seine Tragik an einzelnen Stellen durchzuführen. Er hätte mehr an das Mitleid appellieren sollen. Der Siegfried Carl Chertis betonte mehr die jugendlich-redehaft-sonnige Seite des Charakters, als die heidnische, männliche. Er künnte um einen Grad brutaler werden. Alexander Cronach war nur in der Erscheinung als König Etel überzeugend, ein christlicher Heide unter heidnischen Christen, ein kultivierter Barbar. Er schrie nur zu viel, wie übrigens alle, mit Ausnahme: Poo Kruß (als Volker). Von den Männern sind noch zu erwähnen: Georg August Koch als Dietrich von Bern und Krauhnel als Rüdiger. Von den Frauen: Rosa Bertens als Ute und Elia Wagner als Fröga; übrigens die Einzigen, die edel und einfach sprechen können. Da Maria Sachs als Brunhild ist, obwohl schwarzhaarig, keine walförendste Junfrau. Ihre Fülle ist nicht Kraft, sondern glatte Weichheit. Die Männer überschrien sich — es war ein unaufhörliches Gepöller und man hätte doch kein Vorden-geschei zu liefern! Es war ein Mißverständnis.

Die Aufföhrung war vielleicht äußerlich veranlaßt durch den Erfolg des Nibelungenfilms. Ihre innere Notwendigkeit entscheidet nur die Frage: finden wir eine Beziehung zu Hebbels Gestalten? finden wir sie, die neuen Menschen, die von unten kommen, finden die Arbeitenden eine Brücke zu den Fürsten der Legende? Durch die Vermittlung Hebbels finden wir sie, und durch die der ihm ebenbürtigen Straub. Auch unsere Zeit ist ein Untergang, ein Uebergang und ein Aufstieg. Auch heute, morgen oder übermorgen kann der und jener Eitel seine königliche Last, die blutige, kriegerische Krone seinem Erben übergeben, einem im wahren Sinne christlichen Dietrich, der das Zeitalter der Humanität einleiten wird. R.-h.

Die Volksbühne nennt auf dem Karfreitag, mittags 4,15 Uhr, in der Oper am Königsplatz ein geistliches Konzert. Bei dem Gedruck Uebermagel (Staatsoper) Ariem und Ueber von Bern. Ganz Woll und Schubert mit Orgelbegleitung zum Vortrag bringen wird. Prof. Wolfgang Reimann spielt Orgelwerke von Bach und Beethoven, der Staats- und Bombar bringt unter Leitung von Prof. Hugo Rüstel Ödte zu Gehör. — Am 25. April, abends 7 Uhr, gelangt in der Alten Garnisonstraße die Mattheuskapellion mit dem Philharmonischen Orchester und dem Chor der Singakademie unter Leitung von Prof. Georg Schumann zur Aufföhrung.

Ein Warnruf.

Notwendige Wirtschaftsvereinigung.

Die kritischen Verhältnisse am Devisenmarkt und die Gefahr einer neuen Geldentwertung infolge der Ueberflutung der Wirtschaft mit Renten- und Papiermark erfordern die schärfste Aufmerksamkeit aller Finanz- und Währungspolitiker. In der heutigen Morgenausgabe der „Boschischen Zeitung“ nimmt nun der stellvertretende Reichswirtschaftsminister, Prof. Dr. Julius Hirsch, Stellung zu den aus der bisherigen verfehlten Kreditpolitik sich ergebenden Problemen. Sein eindringlicher Warnruf gipfelt in folgenden Forderungen:

„Wollen wir bei der offensichtlichen Falschleitung, in die wir hineingeraten sind, die allzu spät begonnene Gesundung von Wirtschaft und Währung nicht erneut gefährden, so ist das Entscheidende, was schleunigst geschehen muß, dieses:

1. Nicht nur keinerlei Vermehrung von Reichsbank- und Rentenmark-Kredit mehr, sondern planmäßige Verminderung. Die einzige Stelle, wo eine Verminderung nicht volkswirtschaftlich zweckmäßig ist, sind die Kredite für landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere Düngemittel. An allen anderen Stellen planmäßige Verminderung der auf Privatkredit hinausgegangenen Zahlungsmittelmenge.

Diese kann nicht durch „Rationierung“ zwischen wichtigen und weniger wichtigen Industrien, sondern durch scharfe Zinserhöhung (Diskontenerhöhung) gefördert werden. Eine solche Zinserhöhung ist insbesondere unser Bankwesen, höhere Kreditzinsen zu geben, nachdem bei den Debitzinsen die obere Grenze eben wegen mangelnden Angebots an Kredit bereits zu hoch ist. Ich denke zunächst an die baldige Verdoppelung des Reichsbank-Diskontsatzes.

2. Bei der Reichsbank und allen gemeinwirtschaftlichen und privaten Spareinrichtungen sollten Devisenkredite gegen Einzahlung in Devisen und fremden Noten ausgenommen werden unter Zusage der Rückzahlung in solchen. Diese Devisenkredite sollten den Einlegern so hoch wie irgend möglich verzinst werden (Mobilisierung der Noten- und Devisenbestände der Banken).

3. Schleunigste Umstellung unseres gesamten Geldwesens, dessen Ausdehnbarkeit sich jetzt bereits so bedenklich geltend macht, auf Goldgrundlage. Nur diese kann gegenüber den rein quantitativ-theoretisch-charakteristischen Methoden, zu denen unser jetziges Kreditgeld zwingt, auf die echte Basis des Geldes zurückzuführen, die metallische, die einen Wertträger in sich schließt. Dann kann baldigste Aufhebung aller Beschränkungen des Devisenverkehrs erfolgen.

4. Der Abbau der unwirtschaftlichen Betriebsformen muß außer von der Kreditseite der gleichzeitige auch von der Seite der Wirtschaftspolitik erfolgen, insbesondere

a) durch baldige Nachprüfung der Haltbarkeit der Umsatzsteuer. Sie verbleibt im Inlande alle Waren um durchschnittlich 10 Proz., bei der Einfuhr um mindestens 7½ Proz. Stört die Struktur und hemmt im Handel die wirtschaftlich vorgeschrittenen Großbetriebe gegenüber der Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben. Statt dessen

b) gründliche Nachprüfung der bisherigen ablehnenden Stellung gegenüber den Handelsmonopolen, die von wichtigen Stellen zugleich eine Vereinigung der Wirtschaft und gesündere Finanzierung des Reiches herbeiführen könnten.

c) Begünstigung der gemeinwirtschaftlichen, profitablen Betriebsformen, insbesondere des Genossenschaftswesens.

d) Verminderung der Spanne zwischen Lohn und Preis durch allmähliche planmäßige Steigerung des Reallohnes und Verminderung der unproduktiven Zwischenkosten zwischen Lohn und Preis. Dadurch wird Steigerung der Massenkaufkraft gegenüber dem Luxusverbrauch, natürliche Belebung der Produktion und beste innere Wirtschaftssicherung der Währung erreicht.

Wir stehen vor der Frage, ob wir durch Weiterreiben der bisherigen Kreditpolitik in eine neue Erschwerung unseres Geldwertes „hineinschludern“, oder ob wir endlich die Wirtschaft bereinigen wollen, indem wir das Risikoerhältnis in unserer Preishöhe zwischen Arbeitslohn, Zins und wahren Kosten der Wirtschaft durch bewußte, auch gegenüber mächtigen Wirtschaftsinteressen rücksichtslose Wirtschaftspolitik beheben.

Zu der Durchführung derartiger Forderungen, die wir in weitem Umfang teilen, ist allerdings Voraussetzung eine schöpferische Wirtschaftspolitik, die nicht gerade dann in die „bewährten Formen“ des freien Spiels der Kräfte zurückverfällt, wo die Gefahr für die Gesamtwirtschaft infolge der wirtschaftlichen Anarchie im Wachstum ist. Von den Freunden der Inflation im bürgerlichen Lager wird freilich eine planmäßige und entschlossene Abwehr der Inflation Gefahr nicht zu erwarten sein. Dazu haben die ihnen nahestehenden Finanz- und Produzententriebe seinerzeit an der Inflation der Papiermark viel zu gut verdient.

Schölichs letzte Fahrt.

Breslau, 9. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Zeichenbegründnis des plötzlichen Todes Herzogin von Schlesien Genossin Schölich, wurde zu einer feierlichen Kundgebung der schlesischen Arbeiter. Im schön geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses war die Leiche aufbewahrt, als sich die Vertreter der Partei aus ganz Schlesien, ferner die Gewerkschaften der Kremlen- und alle anderen Zweige der Arbeiterbewegung zur Trauerfeier versammelten. Mit dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Schlesien waren auch bürgerliche Vertreter der Staats- und Selbstverwaltung, an der Spitze der Oberbürgermeister und der Polizeipräsidenten von Breslau, erschienen, ferner der Vizepräsident des Preussischen Landtages, Zentrumsabg. Dr. Porsch. Die Trauerrede hielt Reichstagspräsident Genosse Löbe, der einen Ueberblick über Schölichs Lebensweg, vom Bauernhof über den ländlichen Handwerkerberuf und die Industriearbeit zur politischen Bewegung und zur politischen Führerschaft schilderte. Organisationsleistungen und Arbeit in der Verwaltungsreform, wie sie der Dahingegangene aufzuweisen habe, sei Arbeit an den Fundamenten der Gesellschaftsordnung. Für die Preussische Landtagsaktion sprach Genosse Orzelanski, der besonders auf die Verdienste Schölichs um die Reform der Gemeindeverwaltung hinwies. Dann setzte sich nach dem Gesang von Arbeiter- und Frauenchören ein rührender Beispruch in Bewegung, der durch die ganze Stadt zum Friedhof führte, voran zahlreiche sozialdemokratische und republikanische Fahnen. Am Grabe sprachen noch Vertreter des Parteivorstandes, der Bezirksorganisation des Holzarbeiterverbandes und der Krankenkasse.

Die Stadt Breslau hat seit Jahren keine so eindringliche öffentliche Trauerkundgebung mehr gesehen, wie diese Dankesbezeugung der schlesischen Arbeiterbewegung für ihren verstorbenen Führer.

Das Ergebnis des Arztstreits.

Zur Beendigung des Kampfes zwischen Ärzten und Kassen wird uns von neutraler Seite gemeldet: Nach viermonatigem Kampfe, der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt wurde, ist der Waffenstillstand zwischen Ärzten und Kassen abgeschlossen worden. Der Regierung war es, trotz redlicher unparteiischer Bemühungen, nicht möglich gewesen, die Parteien zur Einigung zu bringen. Den Anstoß zu den Waffenstillstandsverhandlungen gab Anfang März eine private Besprechung zwischen Dr. Städtgold, einem der Vertrauensmänner des Groß-Berliner Ärzteeubundes, und Dr. Wenig, einem der Führer des Berliner Kassenärzteeubundes. Dr. Städtgold hatte schon vorher in großen Ärzteesammlungen die Idee der Einigung vertreten. Die Hoffnung auf den „Bund der Versicherten“ war in Ärzteeubunden geschwunden; man hatte gemerkt, daß diese Allianz nur eine kommunistische Parteimache war. Die Kassenärzte konnten genau so wenig wie die Krankenkassen ein Interesse daran haben, die Sozialversicherung zu zerlegen und aus ihren Trümmern kommunistische Neubildungen zu konstruieren.

Was ist nun durch die zwischenparteiliche Arbeit erreicht worden? Den Parteien wurde der Boden für einen Frieden ohne Sieger und ohne Besiegte geebnet. Dieser Frieden wird endlich die seit Jahren von Dr. Wenig und Dr. Hofes geforderte Planmäßigkeit in der kassenärztlichen Versorgung der Groß-Berliner Kassenpatienten und darüber hinaus vielleicht der gesamten deutschen Kassenpatienten bringen. Groß-Berlin wird auf Jahre hinaus für neue Kassenärzte gesperrt. Festangestellte Ärzte im Dienste der Stadt, des Staates, des Reiches usw. dürfen keine Kassenpraxis betreiben. Den Kapazitäten und den wenig beschäftigten Kassenärzten, besonders im Westen, wird nahegelegt werden, auf ihre Kassenpraxis zu verzichten. Durch diese Maßnahmen werden

Öffentliche Wählerversammlung

Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr
Wedding (15. Abl.): Schulaula, Strelitzer Straße 41
Tagesordnung:
Die Bedeutung des 4. Mai
Referent: Karl Dreffel

einige hundert Kassenärzte ohne Gewaltanwendung ausscheiden, ohne daß ein beschäftigter Praktiker gestrichen zu werden braucht. Es wird dafür gesorgt werden, daß der ärztliche Nachwuchs über das Reich verteilt wird, nicht zum Schaden dieses Nachwuchses und der Bevölkerung. Durch eine einigermaßen stabilisierte, verringerte Arztzahl und eine Erhöhung des Pauschales, werden die ewigen Honorarstreitigkeiten beendet und eine bessere ärztliche Arbeit für die Kassenpatienten wird ermöglicht werden. Den Versicherten bleibt die Möglichkeit, weiter unter der nach obiger Weisung zugelassenen, unbedingt ausreichenden Arztzahl frei zu wählen, und auch Kassenambulatorien, von denen einige bestehen bleiben werden, aufzulassen. Auch die Lösung des Problems der Familienversicherung ist erheblich näher gerückt. Die Frage der Kothelfer wird ohne Gefühlsmomente im Wege ruhiger, juristisch fundierter Erörterungen gelöst, der von ihnen gebildete Verein bleibt bestehen und wird rein sachlich für seine Ideen eintreten.

Jetzt ist es Aufgabe der Regierung, diese sozialpolitisch sehr wichtigen Fragen, deren Erledigung die Beteiligten untereinander durch Konzessionspolitik gefördert haben, in jeder Weise zu überwachen und zum Wohle der Allgemeinheit zu unterstützen.

Der Mord in der Alvenslebenstraße.

Umfangreiche Zeugenvernehmungen.
Der Mord in der Alvenslebenstraße ist auch jetzt noch nicht weiter aufgeklärt. Die Schüzerei, die man zuerst mit dem Verbrechen in Zusammenhang brachte, hat auch nach den weiteren Ermittlungen damit höchstwahrscheinlich nichts zu tun. Die Nordkommission Trettin-Duoh suchte in Verbindung mit der Streife B. 1 in der vergangenen Nacht die ganze Gegend des Bülowparks eingehend ab und ermittelte dabei 20 Personen, die die ermordete Handlerin Rosa Schalts mehr oder weniger gekannt haben. Alle diese Leute werden im Laufe des heutigen Tages auf dem Revier 32 in der Alvenslebenstraße 26a, wohin die Nordkommission vorläufig ihren Sitz verlegt hat, über ihre Wahrnehmungen während der Nacht zum vergangenen Freitag vernommen. Die Vernehmung anderer Zeugen hat bisher nur ergeben, daß die Ermordete zuletzt um 1 Uhr nachts von dem Wurtweg gesehen worden ist. Sie hatte zu dieser Zeit ihren Kassenstrauch in der Hand. Wohin sie sich von hier aus gewandt hat, weiß man noch nicht. Es ist nicht unmöglich, daß sie auf der Straße eine Bekanntschaft gemacht hat und dann in einer Wohnung ermordet und schließlich als Beiche nach der Hausmüllde in der Alvenslebenstraße 23 geschleppt worden ist. Wie der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch, der gestern noch einmal gehört wurde, festgestellt hat, muß zur Erdrückung des Mädchens eine Schnur gebraucht worden sein. Weitere Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Nordkommission unter Hinweis auf die Belohnung von 500 Goldmark entgegen.

Berliner Turn- und Sportwoche 1924.

Wie im Vorjahre, so soll auch in diesem Jahre eine Berliner Turn- und Sportwoche, und zwar in der Zeit vom 22. bis 29. Juni, stattfinden. Durch großangelegte Veranstaltungen soll der Berliner Bevölkerung vor Augen geführt werden, daß Turnen, Sport und Spiele als Lebensnotwendigkeiten anzusehen sind. Der Deutsche Reichsausschuß für Verbandsfragen verpflichtet sich für sich auf eine Sonderveranstaltung, da er in der Berliner Turn- und Sportwoche den allgemeinen Spielplatz-Werbebetag der Reichshauptstadt erblickt. Oberbürgermeister Böß hatte zu gestern abend alle beteiligten Berliner Turn- und Sportverbände, die Berliner Presse, die Sportgeräteindustrie und den Handel sowie die Vertreter der Bezirke zu einer Aussprache im Stadtsaal eingeladen. In seinen Begrüßungsworten an die erschienenen hob der Oberbürgermeister hervor, daß die Sportwoche 1923 eine Laiz war. In diesem Jahre soll ihr großartiger Charakter noch mehr hervortreten. Direktor Häuser vom Jugendamt Berlin verlas darauf die Zusage der einzelnen Sportverbände und bemerkte, daß im Anschluß an die Sportwoche eine Anzahl neuer Sportplätze der Öffentlichkeit übergeben werden sollen. In der Aussprache gaben Vertreter einzelner Sportorganisationen noch ihr Programm ab. Dehlschlager als Vertreter der Arbeitersportverbände erklärte, daß die Arbeitersportler auch in diesem Jahre eine Beteiligung an der Berliner Turn- und Sportwoche ablehnen müssen. Nach einem kurzen Schlusssatz des Oberbürgermeisters Böß, in dem er seinen Dank für die Zusage der Sportvereinigungen aussprach, hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Großfeuer kam am Mittwochmorgen gegen 8 Uhr in den Bergmann-Geleitzstr. Werken L. O. in der Hennigsdorfer, Sec. und Dudenarderstraße angeblich durch Fahrlässigkeit zum Ausbruch. Die Feuerwehre wurde von mehreren Seiten alarmiert. Bauwart Gillus, der mit dem 23. Löschzug als erster eintraf, ließ „Mittelfeuer“ melden, worauf sofort die Züge 21, 24, 18 und 19 folgten. Da es sich um ein Großfeuer handelte und

Menschenleben in Gefahr schweben sollten, rückten auch mehrere Wagen des städtischen Rettungswesens und eine Hundertschaft der Schupo zur Brandstelle aus. Es gelang der Feuerwehre, die angrenzenden Betriebe zu schützen.

Der Kampf um den neuen Reichstag.

Sechs große und zahlreich besuchte öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei beschäftigten sich gestern abend mit den bevorstehenden Wahlen. In allen Versammlungen war die Stimmung eine ausgezeichnete und die Zuversicht der Versammlungsteilnehmer groß.
In der Hohenzollernschule in Schöneberg sprach Genosse Dr. Löwentheil. Er kennzeichnete in der Einleitung klar, worum es in diesem Wahlkampf geht und betonte, daß es sich darum handle, ob die Republik erhalten und besser ausgefaßt werden könne oder ob das deutsche Volk unter einem neuen Krieg das schlimmste erleben soll. Genosse Löwentheil gestellte sodann die Justizschmach in Deutschland, die im Hilder-Ludendorff-Prozess den Höhepunkt erreicht habe, aber auch bereits in früheren Jahren dazu führte, daß stets mit zweierlei Maß gemessen wurde, je nachdem Vertreter der Links- oder Rechtsparteien vor den Schranken standen. Zum Schluß rechnete der Redner in wirkungsvoller Weise mit den „nationalen“ Parteien ab, die immer nur und namentlich in Steuerfragen die Ausbeutung der Arbeiter im Auge gehabt haben. Die Ausführungen unseres Genossen Löwentheil waren so überzeugend, daß von einer Debatte abgesehen werden konnte. Die im Saal anwesenden Kommunisten machten zwar ein paar Zwischenrufe, konnten aber gegen die Rede Löwentheils nichts Stützbares ins Feld führen. — In Marienfelde referierte Genosse Jechlin, der das Treiben der Deutschnationalen brandmarkte und auseinanderlegte, welche verhängnisvollen Folgen es für Deutschland außen- und innenpolitisch haben müsse, wenn diese Herrschaften an die Regierung kämen. Genosse Jechlin wandte sich sodann scharf gegen die Zerstückelung der Arbeiterkraft und fertigte dabei ein paar tödliche Zwischenrufe der Kommunisten deutlich ab. — In Friedland sprach Genosse K. K. Er beleuchtete grell die stets verlogen Haltung und Handlung der Sozialdemokraten, die immer nur bereit sei, Opfer zu bringen auf Kosten der Arbeiter, und stellte demgegenüber die positive Arbeit der Sozialdemokraten, die vor Jahren schon die Stabilisierung der Währung verlangt haben. Inflationen gemindert aber und Spekulantent um es immer wieder verstanden, die Anträge der Sozialdemokraten zunächst zu machen. Am 4. Mai müssen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten dafür sorgen, daß die Unterdrückten und Entbehrten wieder einen Aufstieg erleben, den nur die Sozialdemokratische Partei herbeiführen kann. Ein deutschnationaler Diskussionsredner trug viel vor Heiterkeit der Versammlung bei.

In Johannisthal hatte Genosse Bartels das Wort. Die Kommunisten erschienen mit Verärgerung aus den umliegenden Ortsteilen und tischen ihre Traxen vom Stapel. Dabei konnte festgestellt werden, daß sie durch Dauerreden dem Referenten das Schlusswort zu verweigern suchten. Dieses Vorhaben mißlang jedoch. Um 11½ Uhr war die gutbesuchte Versammlung zu Ende. — In Rosenthal sprach Genosse Breuer. Die Ausführungen auch dieses Redners, die die große Gefahr aufzeigten, die dem deutschen Volk droht, wenn die Rechtsparteien ans Ruder kommen, wurden mit lautem Beifall aufgenommen. — Genosse A. K. sprach in den Sophienfeldern. Die wichtigste Aufgabe der Arbeitnehmer wird die Neuordnung der heute total zerfahrenen Wirtschaftspolitik sein. Mit den bequemsten Methoden der Rohrückerl und einer unangemessenen Preissteigerung, die in Wahrheit nur Spekulation ist, können die trennenden sozialen und ökonomischen Probleme nicht mehr gelöst werden. Unsere Industrie muß endlich an einen rationalen Ausbau ihrer Betriebe herangehen, wenn sie für den Export konkurrenzfähig bleiben will und wenn sie heute nicht für sich Kapitalkrisis und Entwertungsfaktor in Anspruch nimmt, wo die Inflation längst vorüber ist, aber andererseits der Arbeiterschaft einen Entbehrungsfaktor zumutet, so bleibt demgegenüber nur als einzige Antwort: härtester Abwehrkampf der geschlossenen Arbeitnehmerschaft. Der neue Reichstag muß uns den Block der Reichsschwerfächer bringen. Gleich zu Beginn der Rede mußten planmäßige kommunistische Störungsversuche durch den Sozialist unterdrückt werden.

In einer Wählerversammlung in Weichensee sprach gestern Genossin Minna Lohndorf über das Thema: „Die Reichstagswahl und die Frauen.“ Gerade die Frauen sind es, die noch nicht anerkannt haben, was ihnen das Wahlrecht gegeben hat. Die Behauptung, die Sozialdemokratie hätte nicht vermocht, die soziale Frage zu lösen, kennzeichnet sich als dumme Redensart. Die Wahrheit habe bisher immer das Bürgertum, aber die bürgerlichen Parteien haben kein Verständnis für die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen gezeigt. Kernpunkt unseres Programms, das wir im Wahlkampf vertreten ist: Vernunft und ein ungebogener Idealismus. — Genossin Bok aus Wien richtete an die Versammlung hoffnungs- und fragezuversichtliche Worte und betonte, daß ein wirtschaftlicher, moralischer und kultureller Aufstieg der Arbeiterschaft ohne eine starke Sozialdemokratie unmöglich ist.

Die Stadtkoordinatorenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 15 Uhr. Das Arbeitspensum ist wieder sehr reichlich, weil aus der Tagesordnung vom vorigen Donnerstag das meiste unerledigt mit hinübergenommen werden mußte. In der vorigen Sitzung konnte wegen des Kommunistenspektakels sehr wenig gearbeitet werden. Auf die Verhinderung der Arbeit kam es den Kommunisten auch nur an.

Der neue Berliner Sender. Während des Umbaus des Bahnhofs-Senders wird ein neuer Sender, der von der Huth-Gesellschaft am Rangeburgischen Platz errichtet wurde, an seine Stelle treten. Der Sender hat bereits seine Versuche aufgenommen und zufriedenstellende Erfolge erzielt. Vorträge ergaben hinsichtlich der Laut- und Abstimmungsstärke vorzügliche Resultate. Sobald die Versuche, und zwar auf der Welle 500, zu einem Abschluß gekommen sind, wird der restaurierte Dienst des Senders aufgenommen werden, der auch dann beibehalten werden soll, wenn der Bahnhofs-Sender in seiner neuen Gestalt hergerichtet ist. Beide Sender werden dann, von zwei verschiedenen Gesellschaften bedient, gleichzeitig tätig sein.

Ein Großfeuer auf der Vulkanwerk in Hamburg vernichtete einen Schuppen und 40 D-Rug-Wagen, die sich in dem Schuppen zur Reparatur befanden. Da in dem Schuppen außerdem noch nicht vollständig entleerte Kohlenfäureflaschen lagerten, erfolgten außerordentlich heftige Detonationen. Die Feuerwehre konnte sich in stundenlangem Arbeit nur darauf beschränken, ein Ueberfließen des Feuers auf die Nachbargebäude zu verhindern. Leider sind bei der Bekämpfung des Feuers drei Feuerwehreleute verunglückt.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

1. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Kinderorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
2. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
3. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
4. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
5. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
6. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
7. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
8. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
9. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.
10. Kreis Wedding, Donnerstag, 10. April, abends 7 Uhr. Referent der Frauenorganisation der weiblichen Schüle im großen Saal der Pflanzschule, Müllerstr. 112. Musikalische Darbietungen. Klubredner: G. Neigeländer u. u.

